

Abstimmung vom 6.6.1993

GSoA-Initiative ohne Erfolg: Volk und Stände billigen den Kauf neuer Kampfflugzeuge

**Abgelehnt: Volksinitiative «für eine Schweiz ohne
neue Kampfflugzeuge»**

Brigitte Menzi

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Menzi, Brigitte (2010): GSoA-Initiative ohne Erfolg: Volk und Stände billigen den Kauf neuer Kampfflugzeuge. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 506.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Ende 1991 präsentiert der Bundesrat seine Pläne zum Kauf eines neuen Kampfflugzeuges. Für insgesamt fast 3,5 Milliarden Franken will er 34 Maschinen des Typs F/A-18 kaufen – gemäss Bundesrat das Produkt mit dem im Vergleich zu anderen Optionen besten Preis-Leistungs-Verhältnis. Noch während der Beratungen in der nationalrätlichen Kommission heizen zwei Ereignisse die Diskussion rund um das Thema Luftwaffe an: einerseits die GSoA-Initiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge», andererseits die Meldung, dass Finnland sich ebenfalls für den Kauf von 64 Flugzeugen des Typs F/A-18 entschieden habe. Ein Pro-Argument, das insbesondere dem Eidgenössischen Militärdepartement unter der Leitung von Bundesrat Kaspar Villiger sehr gelegen kommt.

Im Nationalrat löst die Vorlage eine Flut von parlamentarischen Vorstössen aus, fast ein Drittel der Abgeordneten ergreift das Wort. Die bürgerliche Mehrheit spricht sich klar für den Kauf aus und verweist auf die Notwendigkeit einer Erneuerung der schweizerischen Luftabwehr. Die Linke sieht in dem Vorhaben eine unzeitgemässe Weiterführung der Politik aus dem Kalten Krieg und kritisiert ausserdem die hohen Kosten dieser Flottenerneuerung. Die CVP findet sich allein in der Mitte wieder und schlägt unter dem Eindruck der äusserst erfolgreich angelaufenen Initiative einen Aufschub des Geschäfts bis zur Volksabstimmung vor. Beide Kammern nehmen diese Kompromisslösung an. Auf Kritik stösst im Parlament auch Absatz zwei der Initiative, wonach diese rückwirkend bereits ab dem 1. Juni 1992 Gültigkeit hätte. Eine Gruppe von Parlamentarierinnen und Parlamentariern versucht daraufhin, gegen den Willen von Bundesrat Villiger das Begehren für ungültig erklären zu lassen. Die benötigten Unterschriften bringt die GSoA in nur zwei Wochen zusammen, nach einem Monat knackt die Initiative die 500 000er-Grenze. Das gibt der GSoA die Möglichkeit, einen Teil der Unterschriften für eine Petition zurückzuhalten.

GEGENSTAND

Die Initiative will dem Bund die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge bis zum Jahre 2000 untersagen, wobei als neu jene Kampfflugzeuge gelten sollen, deren Beschaffung die Bundesversammlung zwischen dem 1. Juni 1992 und dem 31. Dezember 1999 beschliesst.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Zusammen mit den linken Parteien (SP, Grüne, PdA und die Mehrheit des LdU) stellt sich auch die Lega dei Ticinesi hinter die Initiative. Aus ihrer Sicht ist der Kauf neuer Kampfflugzeuge weder notwendig noch bezahlbar. Demgegenüber lehnen der Bundesrat und sämtliche bürgerlichen und rechten Parteien, die CVP und die EVP, allerdings mit teilweise abweichenden Kantonalsektionen, die Initiative ab. Die gut organisierte Gegnerschaft betont die Wichtigkeit einer funktionierenden Landesverteidigung und nimmt dabei auch Bezug auf die Initiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» (vgl. Vorlage 392), welche ebenfalls am 6. Juni 1993 zur Abstimmung gelangt. Der Kampagne gelingt es, diese beiden Vorlagen zu verknüpfen und so die Abstimmung

zu einem Plebiszit für oder gegen die Armee zu machen. Im Abstimmungsbüchlein schreibt der Bundesrat, dass beide Begehren «eine zeitgemässe Landesverteidigung» verhindern und die vom Initiativkomitee gewünschte «Denkpause» einer «Selbstentwaffnung» gleichkäme. Er weist zudem auf die volkswirtschaftliche Bedeutung des Geschäfts hin, das der Schweizer Industrie durch versprochene Gegengeschäfte Aufträge im Gesamtvolumen von bis zu 300 Millionen Franken verschaffen könnte.

ERGEBNIS

Am 6. Juni lehnen Volk und Stände die Initiative mit 57,2% Neinstimmen deutlich ab. Zur Abstimmungsanalyse vgl. ausführlich Vorlage 392.

QUELLEN

BBI 1984 II 1398; BBI 1992 VI 471; BBI 1993 I 1045. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1991–1993: Landesverteidigung. Vox Nr. 49. Bühlmann et al. 2006: 58–62.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.